

Herrn Bürgermeister
Knut vom Bover
Rathaus

42760 Haan

24.4.2015

**HFA 28,4./Rat am 5.5. 2015: Fragen zur tatsächlichen Haushalts- und
Finanzentwicklung und der Perspektive für das HSK**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

beim Vergleich der Planzahlen der Haaner Haushalte 2010 bis 13 mit den **tatsächlichen Ergebnissen** (10-12 Jahresabschlüsse, 2013 vorläufig) fällt ein ungewöhnliches Maß an Abweichung auf. So gingen die beschlossenen Haushaltspläne dieses Vier-Jahres-Zeitraums kumuliert noch von einem Fehlbetrag von 32,9 Mio € aus – der tatsächliche Fehlbetrag lag demgegenüber summiert nur bei 9,9 Mio. Da in die Ergebnisrechnungen auch rund 20 Mio € Abschreibungen und weitere nicht zahlungswirksame Aufwendungen im Personalbereich eingeflossen sind, konnte die Stadt Haan sogar Liquidität für Investitionen und Tilgungen generieren und so die Verschuldung 2014 gegenüber 2011 nahezu konstant halten (> Hhpl. S. V47), 2013 sogar absenken.

Das ist nicht nur der erfreulichen Tatsache geschuldet, dass die Einnahmen, insbesondere Steuern, sich regelmäßig besser entwickelt haben als prognostiziert. Auch die Ausgabenseite ist – mit Ausnahme der Personalaufwendungen – offensichtlich in den Plänen regelmäßig deutlich überschätzt worden. Speziell für *Sach- und Dienstleistungen* wurden in dem Zeitraum, für den Ergebnisse vorliegen (2010-13), jährlich zwischen 1,3 und mehr als 2 Mio € weniger (!) ausgegeben als veranschlagt, im Schnitt 14 Prozent. Das lässt sich kaum mit zufälligem ver- oder aufschieben von Aufwendungen erklären. Minderausgabe wurden auch bei den *Transferaufwendungen* erzielt, zuletzt 2013 sogar 3 Mio €.

Namens der FDP-Fraktion frage ich daher die Verwaltung:

1. Welche Informationen kann die Verwaltung dem Rat zum Jahresergebnis 2014 vier Monate nach dem 31.12. geben? (Im HSK S.8 heißt es dazu lediglich, der Fehlbedarf – Plan: 6,7 Mio - werde „sich nicht erhöhen“.) Wie haben sich die wesentlichen Positionen im Gesamtergebnis gegenüber dem Plan entwickelt?
2. Wenn die Entwicklung in 2014 auch nur Ansatzweise dem Trend der Vorjahre entsprach, böte sich damit nicht die Möglichkeit, angesichts überdurchschnittlicher Steuereinnahmen auch ohne die siebte und achte Steuererhöhung seit 2000 das HSK-Ziel zu erreichen?
3. Bietet die – nicht mehr als zufällige Erscheinung zu interpretierende – Entwicklung der Vorjahre auf der Ausgabenseite nicht eine hervorragende Ausgangsbasis für nachhaltige Einsparungen, insbesondere wenn sie mit einem von GPA und Teilen des Rates lange geforderten *aufgabenkritischen Ansatz* verfolgt werden?
4. Da die Verwaltung realistisch mit weiter steigenden Steuereinnahmen rechnen kann: Würde es zur Haushaltskonsolidierung nicht sogar ausreichen, die Aufwendungen in geringeren Raten wachsen zu lassen als die (Steuer-)Einnahmen?
5. Konsolidierungsvorschlag, wenn auch auf der Einnahmeseite: Seit Jahren wird von der Fachverwaltung für den Ausbau des Produkts „Rettungsdienst und Krankentransport“ mit dem Argument geworben, dies sei als Gebührenhaushalt weitgehend kostendeckend. Dieses Ziel wurde aber in den Jahren, für die Ergebnisse vorliegen, regelmäßig weit verfehlt wie zuletzt 2013: Statt geplanten Leistungsentgelten von 996.t € wurden lediglich 607.t erzielt. Das Defizit betrug unter dem Strich 822.t statt 292.t € im Plan. Was hat die Verwaltung getan, oder was gedenkt sie zu tun, um hier Soll und Ist näher zusammen zu bringen?
6. Der Einsatz eines Controlers, wie von der FDP und Teilen der Verwaltungsspitze gefordert, würde sich schnell bezahlt machen, wenn er sich zur Unterstützung von Verwaltungsvorstand und Rat solchen Fragen im Detail wie in der *aufgabenkritischen Gesamtschau* widmet. Warum lehnt ausgerechnet die Kämmerei dies ab?

Gez. M.Ruppert